

Öffentliches Recht:

1. Die Mitglieder*innen einer Oppositionspartei im Nationalrat möchten den Föderalismus in Österreich abbauen und wollen im Zuge dessen den Bundesrat abschaffen.
 - a) (1P) Wie können die Mitglieder*innen der Oppositionspartei ein solches Vorhaben einleiten?
 - b) (3P) In welcher Form müsste eine solche Änderung durchgeführt werden und wieso?
 - c) (2P) Welche rechtlichen Folgen hätte es, wenn der Bundesrat dem Vorhaben nicht zustimmt?
 - d) (4P) Wie muss das Gesetzgebungsverfahren weitergehen, wenn der Bundesrat zustimmt?
2. (2P) Was ist der Binnenmarkt?
3. (2P) Der Jus-Studierende Karl meint, dass der Bund, wenn er mit Staatsbürger*innen einen Vertrag abschließt, an den Gleichheitsgrundsatz gebunden ist. Stimmt seine Auffassung?
4. (4P) Das neugewählte Staatsoberhaupt eines Staates möchte die Staatsbürgerschaft für sein Land neu regeln. Gibt es völkerrechtliche Vorgaben für sein Vorhaben? Wenn ja, nennen und erklären Sie diese!
5. (2P) Gegen welche Entscheidungen kann an welches Organ Revision erhoben werden?
6. (3P) Nennen Sie die verschiedenen strafrechtlichen Täterschaftsformen!
7. (3P) Was versteht man unter der Versteinerungstheorie?
8. (2P) Art 6 EMRK garantiert ein Recht auf ein faires Verfahren. Welche Rechte leiten sich daraus ab?
9. (1P) Was versteht man unter dem „Propotionalwahlrecht“?
10. Nach Art 139 B-VG erkennt der Verfassungsgerichtshof über die Gesetzwidrigkeit von Verordnungen.
 - a) (2P) Was charakterisiert die in Art 139 B-VG genannten Rechtsnormen?
 - b) (4P) Wie bezeichnet man aus rechtstheoretischer Sicht eine Regelung wie in Art 139 B-VG es ermöglicht, fehlerhaft erzeugte Normen aufzuheben? Welche Funktion hat diese?
 - c) (2P) Kann der Verfassungsgerichtshof auch nicht kundgemachte Verordnungen aufheben?